

## Beschlussantrag

**der Gemeinderäte Christoph Wiederkehr, Stefan Gara und weiterer Gemeinderatsabgeordneter**

**betreffend Umsetzung von Strukturreformen zur Entlastung des Budgets der Stadt Wien**

**eingebraucht im Zuge der Debatte über Post Nr. 1 in der 53. Sitzung des Wiener Gemeinderats am 24.06.2019 (Rechnungsabschluss 2018, Generaldebatte)**

Trotz hervorragender Wachstumswahlen und Rekordeinnahmen schaffte es die Stadt Wien auch im 2018 nicht, einen ausgeglichenen Haushalt zu führen. Die überdurchschnittlich stark gestiegenen Ausgaben sind ein Beleg dafür, dass die groß angekündigten Reformprojekte (z.B. WiStA) nichts als Showpolitik sind. Damit setzt die Stadt Wien die pro-zyklische Budgetpolitik auf Kosten der nächsten Generationen fort, anstatt nachhaltige Reformen umzusetzen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

### BESCHLUSSANTRAG

- Der Wiener Gemeinderat fordert die Wiener Landesregierung dazu auf, ehestmöglich auf das Pensionskonto umzustellen und den Durchrechnungszeitraum für die Bemessung der Pensionen von Beamt\_innen der Gemeinde Wien zum ehestmöglichen Zeitpunkt - und nicht erst 2042 - auf das System für ASVG-Versicherte und Selbständige umzustellen.
- Der Wiener Gemeinderat fordert die Wiener Landesregierung dazu auf, sich dafür einzusetzen den § 68a Abs. 1 Z 2 des Gesetzes über das Dienstrecht der Beamten der Bundeshauptstadt Wien ersatzlos zu streichen.
- Der Wiener Gemeinderat fordert die Wiener Landesregierung dazu auf, dem Landtag ehestmöglich einen Entwurf zu einem Sonderpensionenbegrenzungsgesetz vorzulegen.
- Der Wiener Gemeinderat fordert die Landesregierung dazu auf, dem Landtag einen Entwurf zur Novellierung der Wiener Stadtverfassung mit dem Ziel der größeren Effizienz und Bürgernähe der Bezirksvertretungen vorzulegen. Die Novelle soll folgende Eckpunkte enthalten:
  - Reduzierung der Gesamtanzahl der Bezirksrät\_innen auf rund 550;
  - Zusammenfassung der Bezirksvertretungen in rund 10 „Stadtteilparlamente“;
  - Analoge Reduktion der Anzahl der Bezirksvorsteher und Streichung der Posten der Bezirksvorsteher-Stellvertreter;
  - Änderung des Wahlmodus in ein personalisiertes Verhältniswahlrecht mit rund 100 direkt gewählten Vertretern und rund 450 Vertretern, die nach dem Verhältnis ermittelt werden.
- Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass die Funktion der Bezirksvorsteher-StellvertreterInnen abgeschafft werden soll.
- In der Wiener Stadtverfassung soll verankert werden, dass die Anzahl der Gemeinderatsvorsitzenden auf drei beschränkt wird. Weiters sollen die Gemeinderatsvorsitzenden künftig auch die Funktion der Landtags-Präsident\_innen wahrnehmen.

- Künftig soll anstelle der persönlichen Dienstwägen für amtsführende StadträtInnen und Landtags-PräsidentInnen ein flexibler Dienstwagen-Pool eingerichtet werden.
- Der Wiener Gemeinderat spricht sich für die Anwendung von Vertragsschablonen bei der Stellenbesetzung im landesnahen Unternehmensbereich (Wiener Stellenbesetzungsgesetz) aus.

*In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages verlangt.*

Wien, 24.06.2019

*C. W. Beerli*  
*[Signature]*

MAGISTRATSDIREKTION  
DER STADT WIEN  
*abgelehnt*  
Eing.: 24. JUNI 2019  
*PL-55478-2019-KNEICAT*  
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,  
Landesregierung und Stadtsenat